

## **V-4**

Antragsteller\*innen: LAG Bildung

Gegenstand: TOP 13: Sonstige Anträge und Resolutionen

---

# **FÜR EINE NACHHALTIGE QUALITÄTSENTWICKLUNG IN UNSEREN SCHULEN. MEHR GELD FÜR BILDUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

1 Ein Hochtechnologieland wie Baden-Württemberg braucht exzellente Bildung. Bündnis  
2 90/Die Grünen wollen, dass Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg Anschluss  
3 an nationale und internationale Spitzengruppen haben. Gleichzeitig treten wir für ein ge-  
4 rechtes Bildungssystem ein, das jedem Kind, jedem Jugendlichen ermöglicht, seine Bega-  
5 bungen zu entwickeln. Wir können und wollen es uns nicht leisten, Talente brach liegen zu  
6 lassen. Wir setzen deshalb die 2011 begonnenen Bildungsreformen konsequent fort und  
7 stellen uns gegen jede Bestrebung, die erreichten Fortschritte infrage zu stellen oder die  
8 Uhr zurückzudrehen.

9

10 Schülerzuwachs und Zuwanderung, Inklusion und Qualitätsverbesserung, technologischer  
11 Fortschritt und Digitalisierung erfordern vom Land und vom Bund noch mehr Investitio-  
12 nen im Bildungsbereich. Wir brauchen dafür eine langfristige und qualitätsorientierte Pla-  
13 nung des Lehrer\*innen-Bedarfs in Baden-Württemberg. Die Schulen brauchen für ihre an-  
14 spruchsvolle Arbeit eine **verlässliche Personalgarantie**. Es ist legitim, zu überlegen, wie  
15 das in Schulen investierte Geld möglichst optimal eingesetzt werden kann. Wer dagegen  
16 hofft, im Bildungsbereich Mittel für die Sanierung des Landeshaushalts freisetzen zu kön-  
17 nen, gefährdet die Zukunft Baden-Württembergs. Bestens ausgestattete Bildungseinrich-  
18 tungen mit hoher Qualität – das ist unser Anspruch.

19

20 Die **Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg** muss verbessert werden. Vor allem im  
21 Bereich der Grundschulen besteht Nachholbedarf. Grundschülerinnen und Grundschüler  
22 in anderen Bundesländern erhalten mehr Lernzeit. Auch für die Inklusion, für die sonder-  
23 pädagogischen Bildungs- und Beratungszentren und an den beruflichen Schulen sind die  
24 vorhandenen Bedarfe nicht ausreichend abgedeckt. Wir brauchen eine gerechtere Zuwei-  
25 sung von Lehr- und Erziehungspersonal an unsere Schulen. Schulen mit großen Klassen,

26 mit einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund oder aus sozial benach-  
27 teiligten Familien benötigen mehr Personal und eine bessere Ausstattung. Wir brauchen  
28 schnelle Entscheidungen zur Behebung des aktuellen Lehrermangels, insbesondere bei  
29 Grundschullehrkräften und bei Sonderpädagog\*innen!

30 Die Einführung des Ethikunterrichts für alle Altersstufen ist lange versprochen und über-  
31 fällig.

32

33 Ein Schwerpunkt grüner Bildungspolitik in dieser Legislaturperiode bleibt die **Qualitäts-**  
34 **sicherung und die Qualitätsentwicklung schulischer Bildung**. Hier helfen keine „schnellen  
35 Lösungen“. Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung müssen alle Schülerinnen und  
36 Schüler im Blick haben und viele Akteure einbeziehen. Es bedarf einer langfristigen Pla-  
37 nung und eines zielgerichteten abgestimmten Vorgehens in vielen Bereichen. Die Lehrer-  
38 fortbildung muss weiter professionalisiert werden. Fortbildungsangebote verschiedener  
39 Anbieter müssen zusammengeführt und die Kompetenzen der Lehrerausbildungseinrich-  
40 tungen für die Fortbildung genutzt werden. Wir brauchen Möglichkeiten für die Kooperati-  
41 on von Lehrkräften in professionellen Lerngemeinschaften. Schulleitungen haben eine ho-  
42 che Bedeutung für die Qualitäts- und Personalentwicklung. Sie müssen für ihre anspruchs-  
43 volle Arbeit angemessen mit Leitungszeit und mit Verwaltungskräften ausgestattet wer-  
44 den. Alle größeren Schulen benötigen eine Leitungsstruktur mit Fachabteilungsleitern/-  
45 innen analog zu den Gymnasien und den beruflichen Schulen.

46

47 Erfolgreiche Länder praktizieren eine datengestützte Schulentwicklung bzw. eine daten-  
48 gestützte Entwicklungsberatung. Eine datengestützte Schulentwicklung zielt im Unter-  
49 schied zum „Bildungscontrolling“ darauf, dass den Schulen und der Schulaufsicht Daten  
50 zur Verfügung gestellt werden, aus denen in einem dialogischen Prozess Entwicklungs-  
51 ziele abgeleitet und verfolgt werden. Den Schulen stehen in diesem Prozess Ressourcen  
52 und Unterstützungssysteme zur Verfügung, die von ihnen gezielt angefordert werden kön-  
53 nen.

54 Der hohe Anteil fachfremden Unterrichts in Baden-Württemberg ist für die Unterrichtsqua-  
55 lität, vor allem in den Grundschulen und in zu kleinen Sekundarschulen, nicht förderlich.  
56 An sehr kleinen Schulen stehen nicht für alle Fächer ausgebildete Lehrkräfte zur Verfü-  
57 gung.

58

59 Wenn wir in der Qualitätsentwicklung weiter vorankommen wollen, müssen wir die **re-**  
60 **gionale Schulentwicklung** noch konsequenter durchführen. Durch die Zersplitterung der  
61 Schularten in der Sekundarstufe 1 stehen die Schulen vor Ort in einem problematischen  
62 Konkurrenzverhältnis zueinander. Diese Konkurrenz bindet Energien, die für die Qualitäts-  
63 entwicklung dringend gebraucht werden.

64

65 Mit der **Gemeinschaftsschule** haben wir seit dem Schuljahr 2012/13 in Baden-  
66 Württemberg eine lange gewünschte Schulform eingeführt, die leistungsstark und zu-  
67 gleich sozial gerecht ist. Zahlreiche Gemeinschaftsschulen wurden in den letzten Jahren

68 mit dem deutschen Schulpreis ausgezeichnet. Die Gemeinschaftsschulen verwirklichen  
69 längeres gemeinsames Lernen. Hier stehen die Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes im Vor-  
70 dergrund. Kinder und Jugendliche mit ganz unterschiedlichen Lernvoraussetzungen lernen  
71 in gemeinsamen Lerngruppen miteinander und voneinander. Sie werden durch ihre Leh-  
72 rerinnen und Lehrer individuell gefördert. Die Lernkonzepte sehen eine hohe Selbstständ-  
73 igkeit der Schülerinnen und Schüler vor und berücksichtigen alle Bildungsniveaus. Im  
74 Rahmen der regionalen Schulentwicklung stellen die Gemeinschaftsschulen sicher, dass  
75 alle Schülerinnen und Schüler wohnortnah den bestmöglichen Schulabschluss erreichen  
76 können.

77 In Tübingen und in Konstanz werden die ersten Schülerinnen und Schüler 2021 ihr Abitur  
78 an einer Gemeinschaftsschule erwerben können. Wir unterstützen die Planungen weiterer  
79 Kommunen in Baden-Württemberg zum Aufbau einer tragfähigen gymnasialen Oberstufe  
80 an Gemeinschaftsschulen.

81 Schulleitungen, Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiter\*innen der Gemeinschaftsschu-  
82 len benötigen stärkere Unterstützung und Entlastungen. Für den erfolgreichen Aufbau  
83 gymnasialer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen müssen den Schulen zusätzliche per-  
84 sonelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

85

86 Wir wollen ein **Qualitätskonzept für die Grundschulen** auf den Weg bringen, das dem  
87 zusätzlichen Stellenbedarf aufgrund steigender Schülerzahlen Rechnung trägt und die  
88 Grundschulen in ihrer Qualitätsentwicklung wirksam unterstützt. Zur Behebung des Lehr-  
89 kräftemangels muss die Zahl zusätzlich finanzierter Studienplätze für das Grundschullehr-  
90 amt weiter erhöht werden. Die Erhöhung der Studienzeit für das Grundschullehramt von  
91 jetzt 8 auf 10 Semester würde es ermöglichen, die Fachlichkeit durch das Studium eines  
92 dritten Faches zu erhöhen.

93 Zur Überbrückung des aktuellen Lehrkräftemangels werden kurzfristige Maßnahmen zur  
94 Personalgewinnung, eine bessere regionale Steuerung der Lehrerversorgung oder die Wei-  
95 terqualifizierung von Lehrkräften aus anderen Lehrämtern gebraucht.

96 Die Erweiterung der Stundentafel für die Grundschule um 4 Stunden für die Fächer Deutsch  
97 und Mathematik wird mit dem nächsten Haushalt abgeschlossen. Zur Umsetzung grund-  
98 schulspezifischer Konzepte für den Umgang mit Heterogenität benötigen die Grundschu-  
99 len zusätzliche Poolstunden für individuelle Förderung. Pädagogische Programme zur  
100 Stärkung der Sprachkompetenz, der Lesekompetenz und der mathematischen Fähigkeiten  
101 müssen auf dem jeweils neuesten Stand der fachdidaktischen Forschung sein.

102 Freiwillige Zusammenschlüsse von Grundschulen oder regionale Verbünde (eine Grund-  
103 schule mit verschiedenen Schulstandorten) können zu höherer Qualität beitragen. Die  
104 Schulleitung kann so gestärkt und fachfremder Unterricht kann verringert werden. Da-  
105 zu bedarf es entsprechender Anreize für die Schulen und für die kommunalen Schulträger.  
106 Bündnis 90/Die Grünen wollen die Unterrichtsversorgung in den Grundschulen deutlich  
107 verbessern und Ganztagschulen ausbauen.

108

109 Die **Rahmenbedingungen für Inklusion** müssen spürbar verbessert werden. Schulen und  
110 Lehrkräfte brauchen bestmögliche Unterstützung für diese gesellschaftlich wichtige Auf-  
111 gabe. In den nächsten Jahren müssen mehr Sonderpädagog\*innen ausgebildet und einge-  
112 stellt werden. Derzeit weisen Grundschulen und Gemeinschaftsschulen die höchsten An-  
113 teile inklusiv beschulter Kinder und Jugendlicher auf. Damit Inklusion auf Dauer gelingt,  
114 müssen sich alle Schularten für eine inklusive Beschulung öffnen und ihre Lehrkräfte für  
115 eine gelingende individuelle Förderung weiterqualifiziert werden. In den Hochschulen ha-  
116 ben wir entsprechende Inhalte bereits in die Ausbildungsgänge für alle Lehrämter aufge-  
117 nommen. Sie müssen in die Fortbildungskonzepte für alle Lehrkräfte integriert werden.

118

119 Die Grundlagen für Bildungserfolge von Kindern werden am Anfang, im Elternhaus, in der  
120 Kleinkindbetreuung und in Kindertageseinrichtungen gelegt. Sie wollen wir Grüne stär-  
121 ken, denn **auf den Anfang kommt es an!** Über einen guten Personalschlüssel hinaus ist  
122 es erste Priorität, den im Orientierungsplan ausgearbeiteten pädagogischen Ansatz ver-  
123 bindlich umzusetzen. Um einen Schritt zu weiterer Qualitätsentwicklung zu ermöglichen,  
124 braucht es deshalb mehr freigestellte, bezahlte Leitungszeit. Gute pädagogische Konzepte  
125 und ihre Umsetzung brauchen Zeit zur Entwicklung.

126 Ein zentraler Ansatz für uns Grüne ist es, kein Kind zurück zu lassen. Soziale Herkunft  
127 darf nicht über den Bildungserfolg entscheiden. Daher ist frühe Förderung entscheidend.  
128 Verstärkte Arbeit mit und Unterstützung von Familien, etwa durch einen forcierten Ausbau  
129 von Kinder und Familienzentren, muss gesichert werden.

130 Kleine Kinder benötigen in besonderem Maße gut ausgebildetes und motiviertes Personal.  
131 Der Erzieher\*innenberuf muss daher attraktiver gemacht und die Ausbildung weiterentwi-  
132 ckelt werden. Bessere Verzahnung von Theorie und Praxis mit den dafür nötigen struk-  
133 turellen Voraussetzungen sowie ein Ausbau der Fortbildungsmöglichkeiten sind hierbei  
134 wichtig. Das grüne Erfolgsmodell der Praxisintegrierten Erzieherausbildung (PIA) wollen  
135 wir ausbauen.

## Begründung

In unserem Wahlprogramm für die Landtagswahl und im Koalitionsvertrag von Bündnis 90/die Grünen mit der CDU haben wir anspruchsvolle Ziele für eine gute Bildung in Baden-Württemberg formuliert und mit der Umsetzung begonnen. Inzwischen sind durch steigende Schülerzahlen, durch Zuwanderung und durch die Ergebnisse nationaler und internationaler Studien neue Herausforderungen entstanden. Diese Herausforderungen erfordern höhere Investitionen in Bildung durch Land und Bund. Der Haushaltsentwurf der grün geführten Landesregierung sieht Verbesserungen vor, für die sich die grüne Landtagsfraktion nachdrücklich eingesetzt hat. Es bedarf weiterer Anstrengungen für mehr Qualität in der Bildung. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für mehr Geld für Bildung in Baden-Württemberg ein. Dabei kommt es uns darauf an, Ressourcen im Bildungsbereich gezielt im Sinne einer nachhaltigen Qualitätsentwicklung zu verwenden.

## **Antragsteller\*innen**

Landesarbeitsgemeinschaft Bildung